

Beitrag/Ansprache von Günter Knebel, Bremen, zum Antikriegstag Hamburg 2023, hier:  
>**Ludwig Baumann-Fest**< am 2. September 2023 beim Deserteurdenkmal, Stephansplatz / HH-Dammtor. (Manuskript, final)

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wer war Ludwig Baumann? Als Mitstreiter und Freund von Ludwig Baumann möchte ich hier und heute dazu etwas sagen – und danke sehr herzlich für die freundliche Einladung zu diesem Fest.

Ich begrüße es außerordentlich, anlässlich des Antikriegstags ein Fest durchzuführen, das mit dem Namen des Wehrmachtdeserteurs Ludwig Baumann getitelt ist. Viele gute Gründe sprechen meines Erachtens für so ein antimilitaristisches Fest: Ein Fest ist ein Kulturbeitrag, der andere Akzente setzt, als z.B. eine Demonstration. Aus dem berühmten Briefwechsel zwischen Albert Einstein und Sigmund Freud (1932, Link: <https://netzwerk-regenbogen.de/einstfre021224.html>) zur Frage, ob Menschen vom ‚*Verhängnis Krieg*‘ befreit werden können, stammt die Feststellung Freuds: „**Jeder Beitrag zur Kulturentwicklung arbeitet gegen Krieg**“. Die These wird dort eingehend dargelegt. *Kultur-Entwicklung*, im Sinne von lebensfreundlicher Kulturförderung, schließt jedoch Festivitäten wie den Sedantag ausdrücklich aus. Der seit den 1870er Jahren am 2. September von Kriegervereinen und militärgeneigten Kreisen eingerichtete Sedantag huldigte vor 150 Jahren jahrzehntelang der deutschen Armee, dem Kriegsgewinn über Frankreich und der blutgetränkten Gründung des Deutschen Reiches. Der mit diesem Tag verbundene *Sedankult* war destruktiv, ein kulturfeindliches Programm, das den Ersten und den Zweiten Weltkrieg vorbereiten half.

Mit seiner Erkenntnis, **dass Kulturentwicklung gegen Krieg arbeitet**, schließt Freud den Briefwechsel mit Einstein. Daran zu erinnern, erscheint mir in einer kriegsrisch aufgeheizten Zeit vordringlich. Ist diese Einsicht doch gegenläufig zu aktuell herrschender Politik. Im Blick auf den Ukraine-Krieg hat sie nicht nur aus meiner Warte etwas Sedankultiges. Werden doch immense Anstrengungen unternommen, um einen widerlichen Krieg durch Lieferung von Waffen und weiteren Kriegsgeräten vorgeblich einzuhegen, aber in Wirklichkeit zu befeuern. Wer verbrecherische Kriegsgewalt mit vermeintlich guter Gegengewalt zu bekämpfen meint, nährt einen verheerenden Kreislauf von Gewalt – bewusst oder unbewusst, gewollt oder ungewollt. Wenn Minderung oder Ausstieg aus dem Konflikt um die Ukraine tatsächlich gewollt sind, dann gilt es, diesen Kreislauf zu stoppen oder zu unterbrechen. Aber genau das scheint für alle beteiligten Konfliktparteien derzeit noch kein Thema zu sein. Der militärisch so bezeichnete Abnutzungskrieg wird wohl auf absehbare Zeit weitergehen. Er wird weiter täglich Tote und Verletzte unter Soldaten und Zivilisten hervorbringen und damit sehr viel Leid erzeugen.

Menschen, die sich in Russland, aber auch in der überfallenen Ukraine der Militärpropaganda und dem Krieg widersetzen oder entziehen, werden in beiden Staaten verfolgt und hart bestraft. Repression gegen Kriegsunwillige, gegen engagierte Friedensbewegte und Pazifist\*innen, beweist nicht nur mangelnde Toleranz und erhebliche Menschenrechtsdefizite, sondern auch staatliche Fixierung auf kriegerische Gewaltanwendung.

So etwas hatte Ludwig Baumann 1942 als Soldat der Wehrmacht auch erlebt. Als zwangsverpflichteter Soldat wollte der damals 20jährige - zusammen mit seinem Kameraden Kurt Oldenburg, wie er ein „Hamburger Junge“, - sich dem mörderischen Kriegsgeschehen entziehen. Beide wollten mit gemeinsamer Flucht aus der Wehrmacht das von NS-Deutschland besetzte Frankreich verlassen. Aber sie wurden dabei gefasst, statt in die Freiheit führte ihr Weg ins Militärgefängnis. Nach dem Todesurteil durch die Wehrmachtjustiz folgten monatelange Haft in der Todeszelle, spätere Begnadigung führte beider Weg über das KZ-Esterwegen und das Sammellager Fort Zinna in Torgau 1943 zur „Bewährung“ an die Ostfront. Kurt überlebte seinen Kriegseinsatz nicht, Ludwig überlebte den Krieg mit sehr viel Glück, Verwundungen und Traumata. Nach Ende des Krieges hatte Ludwig Baumann ab 1945 gehofft, seine und anderer Desertion aus einem ‚verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg NS-Deutschlands‘ würden als widerständiges Handeln anerkannt. Aber er erlebte jahrzehntelang eher das Gegenteil: Ablehnung und Demütigung, ja sogar Verfehmung derjenigen, die sich der Wehrmacht entzogen hatten. Von Anerkennung oder gar Entschädigung bzw. Würdigung dieser Form von Widerständigkeit konnte lange Zeit keine Rede sein. Erst im Zuge friedensbewegter Aufarbeitung der NS-Vergangenheit kam die Frage nach einer Neubewertung von Kriegsdienstverweigerung und Desertion in der NS-Zeit auf – und wurde mancherorts mit der Aufstellung von Deserteurdenkmälern beantwortet. Wo immer das geschah, entfachte das in den 80er Jahren heftige politische Diskussionen. Die Aufstellung von Anti-Kriegs-Denkmalen war nicht selten mit der Frage nach Aufklärung über das Handeln der lokalen oder regionalen Wehrmachtjustiz verbunden. Bestimmte politische Akteure waren an solcher Aufklärung überhaupt nicht interessiert, sondern lehnten sie entschieden ab, jede diesbezügliche Initiative wurde deshalb boykottiert und bekämpft. Mit dem NS-Unrechtsaufhebungsgesetz gelang 1998 ein erster Schritt zur Anerkennung und Rehabilitierung von vielen Opfern des NS-Strafrechts. Aber die Deserteure der Wehrmacht mussten bis 2002 für ihre Rehabilitierung kämpfen, sieben weitere Jahre vergingen, bis der Deutsche Bundestag 2009 endlich auch die wegen Kriegsverrats verurteilten Opfer der NS-Militärjustiz gesetzlich rehabilitierte. Ludwig Baumanns pointierte Zuspitzung „Kriegsverrat ist Friedenstat!“ trug mit dazu bei – sie hatte sich aus der wissenschaftlichen Untersuchung von Schicksalen dieser NS-Opfer ableiten lassen.

Als Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V. mit Sitz in Bremen war Ludwig Baumann seit 1990 deren Sprecher. Er gehörte zu den wenigen, die ihre Desertion aus der Wehrmacht überlebt hatten, setzte sich unermüdlich für ihre politische Anerkennung und Rehabilitierung ein. Seine geradlinige, aufrechte Art, seine eindrückliche Authentizität und Ausstrahlung waren nach innen und außen ein Glücksfall, um den ambitionierten Vereinszweck zu erreichen, Anerkennung und Rehabilitierung der Opfer der Wehrmachtjustiz. Viele Wehrmachtjuristen hatten den Krieg nicht nur unversehrt überlebt, sondern konnten auch - vor allem in Westdeutschland - mit Anrecht auf Pension ihre juristische Karriere nahtlos beim Aufbau des neuen Rechtswesens im Nachkriegsdeutschland fortsetzen. Ihre Opfer, soweit sie überlebt hatten, fanden sich später nicht selten vor den juristischen Hürden, die ihre früheren Richter aufgebaut hatten, um Forderungen nach Anerkennung und Entschädigung zurückzuweisen. „Eingrenzung der Täter“ - „Ausgrenzung der Opfer“ lautete 2003 der Titel einer juristischen Doktorarbeit, die diesen Sachverhalt empirisch genauer untersucht hatte. Es bedurfte detaillierter wissenschaftlicher Aufarbeitung

von Historikern und Juristen, um die von Tätern gebildete Legende, die Wehrmachtjustiz sei nicht NS-hörig gewesen, wahrzunehmen, zu widerlegen und schließlich zu zerstören. Um den mit allen Wassern gewaschenen Tätern und ihren apologetischen Werken die politische Wirksamkeit zu nehmen, war das kenntnisreich-authentische Engagement ihrer Opfer sehr hilfreich. Dass der international renommierte Militärhistoriker Manfred Messerschmidt (1926 – 2022) sich 1990 bereit erklärte, den wissenschaftlichen Beirat der Bundesvereinigung zu leiten, gehört mit zu den glücklichen Fügungen für die politischen Erfolge der Bundesvereinigung, ebenso wie Ludwig Baumanns detaillierte Schilderungen seiner Erlebnisse und Erfahrungen als Opfer der Wehrmachtjustiz. Sie fanden so rege medienpolitische Aufmerksamkeit, dass die gesellschaftliche Anerkennung und Rehabilitierung dieser Opfer ihrer politischen, gesetzlichen Rehabilitierung einige Jahre vorausging.

Ludwig Baumann hatte ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden. Ungerechtigkeit, Leid und Not weckten seinen Widerspruch. Militär und Militärisches empfand er – nicht zuletzt aufgrund eigener Erfahrung – als unnötig, überflüssig und Teil der Probleme. Gegen Hunger und Not in der 3. Welt hat er jahrelang regelmäßig protestiert, indem er Überfluss und Konsumwahn hierzulande anprangerte. Waffen und Militär waren für ihn Ausdruck einer besonderen Form von Ressourcenverschwendung. „Freiheit stirbt mit Sicherheit!“ war ein Anstecker, den er gern trug, auch wenn er Abzeichen sonst nicht schätzte. Mit militärischer Sicherheit verband er Uniformierung, Zwang und Repression als Freiheitseinschränkungen. Das Wettrüsten Anfang der 80er Jahre führte ihn zur Friedensbewegung und zu vielen antimilitaristischen Kontakten.

Seine Aktivitäten am Bremer Bahnhof, von dem aus vierteljährlich Wehrpflichtige zur Verteilung in ihre Bundeswehr-Standorte zusammengezogen wurden, waren ihm wichtig. So gab er seine eigene Lebenserfahrung mit Militärzwang sehr gern an junge Menschen weiter: Der Wehrmacht-Deserteur rief sie auf, nur ihrem Gewissen zu folgen, sich nicht für Kriegszwecke missbrauchen zu lassen, sondern für Frieden und Gerechtigkeit zu engagieren.

Ludwig Baumann ist 2018 hochbetagt im Alter von 96 Jahren gestorben. Sein Engagement galt der Forderung, Nie wieder Krieg! Er sah diese Forderung als bleibenden Auftrag, sich für Demokratie einzusetzen und Zeichen gegen Krieg, gegen Rüstungs- und Militärwahn zu setzen.

Mit der sogenannten Zeitenwende, die nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 im Deutschen Bundestag von Bundeskanzler Scholz ausgerufen wurde, sind zusätzliche enorme Geldmittel für Rüstungs- und Militärzwecke bereitgestellt worden. Den sich mir aufdrängenden Bezug zum Sedantag und Sedankult hatte ich bereits eingangs erwähnt. Umso wichtiger und drängender erscheinen mir politische Signale, die gegenläufige, zivile Akzente setzen. Entspannung, Deeskalation, Abbau und Überwindung von Konflikten sind gefragt, um Wege aus vielfach bestehender Gefahr zu ermitteln und aufzuzeigen. Namen sind dabei nicht Schall und Rauch, sondern stehen oft für Sachverhalte, die konstruktive Denkanstöße geben können.

Die Mitglieder unserer Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz hat es sehr gefreut, dass sich in Hamburg eine Initiative seit längerer Zeit mit viel Engagement dafür einsetzt, eine Straße nach Ludwig Baumann zu benennen. Dass damit zugleich

die Sedanstraße umbenannt, von einem damit verbundenen nationalistisch-militaristischen Makel befreit würde, wäre nicht nur eine historische Entlastung, sondern auch ein Hoffnungsschimmer. Sie wäre eine Demonstration für eine lebensfreundliche, zivile Zukunftsperspektive für die Straße und ihr universitäres Umfeld.

Der Bürgermeister von Sedan, Didier Herbillon, hat den zivilgesellschaftlichen Vorstoß als „hervorragende Initiative“ gelobt, als ein „wahrnehmbar konkretes Zeichen“ für Völkerverständigung und Entspannung. Für die Jüdische Gemeinde Hamburgs, die sich eingehend mit dem Vorschlag zur Umbenennung in ihrer Nachbarschaft auseinandergesetzt hat, erklärte David Rubinstein am 19. April 2023 auf dem Bornplatz, den Namen Sedan durch den Wehrmachtdeserteur und Friedensaktivisten Ludwig Baumann zu ersetzen, sei ein willkommenes „starkes Signal für ein Nie Wieder!“ Zwei aus unserer Warte historisch bemerkenswerte Voten, die (kommunal-)politisches Gehör verdienen. Plädieren sie doch klar, reflektiert und im besten Sinne demonstrativ für eine kulturpolitische Weiterentwicklung im Stadtraum Hamburgs, der Geburtsstadt Wolfgang Borcherts.

Vor rund 125 Jahren, 1899, erhielt in Hamburg-Eimsbüttel die Sedanstraße ihren Namen. Der vermeintlich glorreich gewonnenen Schlacht von Sedan folgten später zwei verheerende Weltkriege. Der Erste von 1914-1918 gilt historisch als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts, der Zweite von 1939-1945 war – mit den Worten des Deutschen Bundestages von 1997 – „ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.“ Totaler Krieg und industriell organisierte Vernichtung von Menschenleben wurden auf Deutsch neu definiert.

Deutschlands schlimme Langzeit-Rolle im Blick auf militärische **Gewaltanwendung** ist und bleibt geschichtlich dokumentiert und bestimmbar. Deutschlands Rolle im Blick auf eine Politik des **Gewaltverzichts**, des Einsatzes für friedliche Streitbeilegung, für zivile Konfliktbearbeitung und kulturelle Weiterentwicklung ist historisch noch sehr jung. Gute Ansätze, wie deutsch-französische Freundschaft und europaweite Zusammenarbeit, sind zwar durchaus vorhanden, deren Stabilität ist aber ungewiss. Der aktuelle Einbruch der Entspannungspolitik, die verkündete ‚Zeitenwende‘ wirft viele Fragen auf, lässt Rückkehr zu brutaler militärischer Machtpolitik befürchten. Sie wird auch von Parteien befördert und mitgetragen, denen zuvor vom Selbstverständnis her mehr an kultureller Weiterentwicklung gelegen war – oder vielleicht immer noch ist? Gerade deshalb wäre zur Verdeutlichung heute jedes Friedenssignal willkommen – es würde weithin wahrgenommen und begrüßt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

---

Statt Literaturhinweis o.Ä.:

[LUDWIG Baumann - Web-Portrait](#) auf der Seite [#zumFeindgemacht](#), Social-Media-Kampagne des [>Bundesverbands Information & Beratung für NS-Opfer e.V.<](#), Köln, eingestellt seit Februar 2023.

Webseite: <https://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/index.php?page=stuellungnahmen>